

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Verlagsort:
Rieser
Gemeinde Nr. 20
Verlag Nr. 22

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Gschwend, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Neichen behördlichseits bestimmte Blatt.

Postfach
Rieser 1900.
Stempel:
Rieser Nr. 22

Nr. 280.

Mittwoch, 2. Dezember 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Postgebühren. Für den Fall des Versagens von Produktionsunternehmungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ungezügelter für die Nummer des Ausgabejahres sind die 9 Uhr vormittags auszugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 10 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftgröße (6 Zeilen) 20 Gold-Pfennige; die 10 mm breite Reklamegröße 100 Gold-Pfennige; Zeitrauben und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilliger Rabatt erstreckt sich, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Kündigungs- und Anzeigensatz: 10 Gold-Pfennige. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gschwend Nr. 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Der Kampf um die Sanierung.

W. Vorauswiegend in den ersten Dezembertagen werden die neuen Notverordnungen verhandelt werden, die das Reichskabinett gegenwärtig im Anschluß an die Beratungen des Wirtschaftsrates ausarbeitet. Einen Vorgesamtsrat dessen, was sich für eine allgemeine Diskussion ergeben wird, wenn die Notverordnungen da sind, haben wir ja schon bekommen anlässlich der Auseinandersetzungen über die erste Notverordnung des neuen Wirtschaftsministers Schöngarth. Es war selbstverständlich zu erwarten, daß verschiedene Wirtschaftskreise gegen eine solche Notverordnung Stellung nehmen würden, daß sie aber gerade von landwirtschaftlicher Seite aus ebenfalls angegriffen und in der schärfsten Form kritisiert wird, mußte doch überraschen. Schließlich hat doch gerade die Landwirtschaft im Osten immer härtester eine Notverordnung und einen Vollstreckungsbeschluß gefordert. Daß er bisher noch nicht gekommen war, lag ja zum guten Teil an erheblichen Widerständen, die von gewissen Kreisen ausgingen.

Man mag hier ganz absehen von der Kritik, die von den alten Gegnern der Landwirtschaft geübt wird. Sie ist nicht weiter tragisch zu nehmen, denn von dieser Seite her wird grundsätzlich immer alles kritisiert werden, was im Interesse der Landwirtschaft geschieht. Bei den übrigen Kritikern aber scheinen zwei sehr erhebliche Forderungen zu fallen. Schließen sich an: Erstens einmal soll man doch nicht glauben, daß eine solche Krise wie die jetzige deutsche Wirtschaftskrise durch schmerzlose Operationen beseitigt werden müsse. Jeder Eingriff, der zur wirklichen Beseitigung der Krise führen soll, muß tiefgehend, für viele Kreise empfindlich, ja schmerzhaft und in seiner Art beinahe revolutionär sein. Wer heute dem deutschen Volke vorzählt, der fränke Wirtschaftskörper könnte durch eine Art wirtschaftlichen Gesundheitsstee kuriert werden, der stellt sich auf den gleichen Standpunkt wie die Gesundheitsminister, die behaupten, man könne eine eitrige Blinddarmentzündung durch weiche Risse heilen. Gerade derjenige, der das heutige System mit Stumpf und Stiel aufzurotten will, sei es politisch oder wirtschaftlich, der sollte doch wissen, daß in seinem Programm noch ganz andere Maßnahmen als die Diktator-Notverordnung stehen müßten.

Der zweite Irrtum, den die Kritiker begehen, ist die völlig isolierte Betrachtung der Diktator-Notverordnung. Wir glauben gut unterrichtet zu sein, wenn wir erklären, daß auch der Wirtschaftsrat Minister Schöngarth bei dem Erlaß dieser Notverordnung davon ausging, daß sie nur den Auftakt bilden könne zu weiteren durchgreifenden Maßnahmen, nicht nur für die gesamte deutsche Landwirtschaft, sondern für die deutsche Wirtschaft überhaupt. Dabei besteht kein Zweifel, daß fast alles für die weitere Entwicklung davon abhängt, wie die Notverordnungen ausfallen, die Anfang Dezember erlassen werden sollen. Bis zum Erlaß dieser Notverordnungen und ihrer praktischen Wirksamkeit ist jedenfalls aber erreicht worden, daß endlich einmal der massenhaften Güterschlächterei im Osten — anders kann man sie gar nicht nennen — ein vorläufiges Ende gemacht worden ist.

Man muß die bestimmte Erwartung aussprechen, daß die im Reichskabinett sitzenden Minister, die der Landwirtschaft nahe stehen, gemeinsam ihren ganzen Einfluß aufbringen, damit auch wirklich dem ersten wichtigen Schritt zur Rettung der Landwirtschaft (zunächst im Osten) die weiteren unentbehrlichen Schritte folgen. Dabei darf sich das Reichskabinett in seiner Gesamtheit nicht über die äußere gefährliche Stimmung täuschen, die in weiten Kreisen derer entstanden ist, die bis jetzt immer noch gewillt waren, nach Laten zu urteilen und sachlich zu prüfen. Der Reichskanzler hat sich gelegentlich sogar temperamentsvoll gegen den Vorwurf verwahrt, er sei Conciator. Spätestens Anfang Dezember wird sich vielleicht zum allerletzten Mal erweisen, ob er gefährt hat. Dabei wird man erwarten müssen, daß auch die Reichsbank sich jetzt der Regierungspolitik einordnet und ihren Widerstand gegen unabwendbare Notwendigkeiten aufgibt. Sie ist nicht Selbstzweck, sondern lediglich Mittel zum Zweck, was bisher nicht immer genügend erkennbar war.

Eine interkonfessionelle Abstützungs-Rundgebung.

W. Berlin. Die Arbeitsgemeinschaft der Konfessionen für den Frieden veranlaßte gestern abend in Anwesenheit zahlreicher Regierungsvertreter, Mitglieder des diplomatischen Corps und führenden Persönlichkeiten in Finanz und Industrie eine große öffentliche Rundgebung für die Abrüstung.

Superintendent Ullrich, der Erste Vorsitzende des „Evangelischen Friedensbundes“, führte in seiner Eröffnungsansprache aus, die Rundgebung der Arbeitsgemeinschaft soll ähnlich wie die Pariser Abrüstungskonferenz, einen Auftakt zu der im Februar bevorstehenden offiziellen Abrüstungskonferenz bilden.

Das Thema „Abrüstung als religiöse Forderung“ behandelte D. Otto Piper, Professor der Theologie an der Universität München. Die Abrüstung, so führte er aus, müsse unter dem Gesichtspunkt des Wohles der Nation betrachtet werden, wobei die Frage, was unter wahrem Wohl zu verstehen sei, nicht vom Standpunkt einer Weltanschauung

Deutsche Abwehr gegen die englische Zollpolitik.

Ermächtigung zur Zolländerung.

Neue Notverordnung der Reichsregierung.

W. Berlin. Die Reichsregierung hat gestern eine Notverordnung veröffentlicht, die der Regierung die Möglichkeit gibt, gewisse Teile des Schwanzen des Weltmarktes anzupassen. Die Verordnung hat folgenden Wortlaut:

Artikel 1:

Die Reichsregierung wird bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses

1. die Eingangszölle abweichend von den geltenden Vorschriften zu ändern,
 2. die vorläufige Anwendung zweiseitiger Wirtschaftsabkommen mit ausländischen Staaten zu verordnen.
- Verordnungen, die auf Grund des Abs. 1 Nr. 1 ergehen, sind dem Reichsrat vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben. Verordnungen, die auf Grund des Abs. 1 Nr. 2 ergehen, sind dem Reichstag vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben.

Artikel 2:

Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Flandins Englandreise. Die kommenden Verhandlungen

W. Paris. Die Pariser Abendpresse beschäftigt sich eingehend mit der Londoner Reise des Finanzministers Flandin und bezeichnet diesen Besuch als ersten Schritt zur internationalen Konferenz. Der Zeitpunkt dieser Konferenz steht noch nicht fest, jedoch werde sie vermutlich bald in London zusammenzutreten. Vorläufig gebe es zwischen England und Frankreich in Bezug auf die Fragen der Reparationszahlungen, der eingesetzten Kredite und der Zolltarife noch viele kritische Punkte. Flandin betonte ganz besonders die Notwendigkeit einer freundschaftlichen Zusammenarbeit mit England. Flandin habe um die Wirttagstzeit eine längere Unterredung mit Dalal, in deren Verlauf er über die Ergebnisse seiner Londoner Reise berichtete.

Wie bereits gemeldet, sollen sich mehrere Beamte des Pariser Handelsministeriums demnächst nach London begeben, um dort die technischen Verhandlungen über ein Handelsabkommen einzuleiten. An der Spitze dieser Abordnung dürfte vermutlich der Direktor der Vertretungsabteilung des Handelsministeriums, Elbel, oder der Direktor der Handelspolitischen Abteilung des Außenministeriums, Coustoude stehen. Als Sachverständige werden einige Beamte der Zollverwaltung und des Finanzministeriums an den Verhandlungen teilnehmen. In politischen Kreisen wird hervorgehoben, daß diese Abordnung sich nur mit technischen Fragen befassen werde. Das Reparations- und Schuldenproblem werde erst nach Abschluß der Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit in Basel und Berlin behandelt werden.

Keine Regierungskonferenz in London.

W. London. Die zukünftigen britischen Stellen bezeichnen die Pariser Verhandlungen, wonach eine internationale

Konferenz in London stattfinden soll und die englische Regierung bereits eine Einladung angenommen habe, als durchaus unzutreffend. Keine der beteiligten Regierungen habe bisher irgendwelche Anregungen über Ort und Zeit dieser Konferenz gegeben. Zunächst werde das Ergebnis der Unterhandlungen des beratenden Ausschusses abgewartet. Auch eine englisch-französische Konferenz wird in London für ausgeschlossen gehalten, obwohl es sein könnte, daß die von Flandin begonnene Besprechung durch die Handelsminister der beiden Länder fortgesetzt werden.

Hat Flandin über Sanktionen verhandelt?

W. London. Den Verhandlungen Sir John Simon im Unterhaus, wonach die englische Regierung nicht nur im handelsrechtlichen Streitfall, sondern auch bei künftigen Gelegenheiten alles tun werde, um Sanktionen zu vermeiden, wird in politischen Kreisen im Hinblick auf die Gerüchte, daß Frankreich bei Nichtbezahlung der deutschen Reparationszahlungen auf Grund des Houssierplans in Frankreich einmarschieren werde, ganz erhebliche Bedeutung beigegeben. Sie werden dahin aufgefaßt, daß England die Frage der Reparationszahlungen unter seinen Umständen für einen geeigneten Vorwand zur Erzeugung von Sanktionen in Betracht, und daß der englische Außenminister mit seinen Verhandlungen einen deutlichen Hinweis auf Frankreich geben wolle. Es wird vermutet, daß entweder während des Aufenthaltes Sir John Simon in Paris oder während der Londoner Besprechungen Flandin die Aufmerksamkeit der englischen Minister auf die Klauseln des Houssierplans gelenkt wurde, die Sanktionen durch die Signatarmächte unabhängig voneinander möglich machten.

Die Beratungen im Reichskabinett

Berlin, 2. Dezember.

Das Reichskabinett hat die Dauerberatungen über die Fertigstellung der Notverordnung, die es nun schon seit einer Reihe von Tagen abhält, auch gestern fortgesetzt. In unterrichteten Kreisen rechnet man weiter damit, daß es gelingen wird, die Notverordnung am Freitag, spätestens am Sonnabend, herauszubringen.

Der Ostkonflikt

bis Januar verschoben

Paris, 2. Dezember.

Der Völkerverbund hat seine Arbeiten gestern zu einem gewissen Abschluß gebracht, da in zwei Sitzungen des Redaktionskomitees und anschließend in einer nichtöffentlichen Sitzung des Zwölfersausschusses der Wortlaut der Schlusssatzung und des Kommentars hierzu fertiggestellt worden sind. Beide Texte wurden gestern abend den beiden Parteien zugestellt.

Die Resolution, mit der die Tagung zum Abschluß gebracht werden soll, enthält sechs Punkte. Außer den fünf bereits bekannten Punkten ist als neuer eine Bestimmung hinzugekommen, daß der Ratspräsident, wenn nötig, die reguläre Januarsession früher einberufen kann. Der Kommentar bringt die Erläuterungen zu sämtlichen sechs Punkten und enthält auch Anspielungen auf die strittigen Fragen, über die eine Einigung mit den beiden Parteien nicht erzielt werden konnte. Insbesondere ist die Frage der Polizeimaßnahmen, die von Japan geltend gemacht wurde, dahin erläutert worden, daß der Rat der Hoffnung Ausdruck gibt, es möge, falls solche Maßnahmen nicht zu umgehen seien, neutrale Beobachter hinzugezogen werden. Diese Fassung scheint allerdings den Japanern nicht reflexlos zu genügen, und vermutlich wird die Frage noch Gegenstand eines Meinungsaustausches bilden.

Londoner Blätter zum Pfundkurz

Die Presse beschäftigt sich in starkem Maße mit dem erneuten Fallen des Pfundes. „Evening Standard“ sieht die Ursache hierfür in Baiffemännern an den Börsen Frankreichs und Hollands, in der Realisierung eines Teiles des Sterlingguthabens der Bank von Frankreich sowie in dem ausländischen Angebot englischer Kriegsanleihe auf dem Londoner Markt durch Ausländer.

„Evening News“ berichtet von einer „beträchtlichen Bestärkung“ in Citiztreifen, doch glaubt das Blatt, daß hierfür keine Ursache vorhanden sei. Nachfragen am Devisenmarkt hätten ergeben, daß das Geschäft in ausländischen Währungen gering sei. In normalen Zeiten hätten die gegenwärtigen Pfundabgaben nicht zu einem derartigen Kursanstieg geführt. Die Schwäche des Pfundes müsse aber auf einen Mangel an Käufern, als auf große Verkäufe zurückgeführt werden.